



Stimmenauszählung in Dublin: Angst, dass die Europäer den Geldhahn zudrehen

EURO-RAUM

Einsame Insel

Die Iren stimmen dem EU-Fiskalpakt zu. Doch das vermeintliche Vorbild in puncto Staatssanierung ist noch lange nicht gerettet. Die Banken brauchen bald weitere Milliardenhilfen.

St. Patrick's Day, den Nationalfeiertag der Iren, verbrachte Henry Healy im Weißen Haus in Washington. Sein entfernter Cousin Barack Obama hatte ihn eingeladen, mütterlicherseits hat der US-Präsident irische Vorfahren. „Wir gingen in eine Bar und tranken ein Glas Guinness zusammen“, erzählt Healy.

Vergangene Woche war dem Buchhalter aus dem irischen Marktflecken Moneygall nicht mehr nach Feiern. „Ich reihe mich unter die Arbeitslosen ein“, twitterte er seinen Freunden. Seine Firma, ein irischer Bauzulieferer, hatte ihn nach sechs Jahren entlassen. „Es musste wohl sein“, sagt Healy einsichtig, „die Bauindustrie in Irland wird immer kleiner.“

Wie Healy ergeht es Hunderttausenden Iren. Seit 2008 kämpft die grüne Insel am Rande Europas gegen die Wirtschaftskrise an – und findet keinen Weg aus dem Elend. Die Arbeitslosenquote verharrt seit vielen Monaten bei rund 14 Prozent. Viele junge Iren wandern lieber gleich aus.

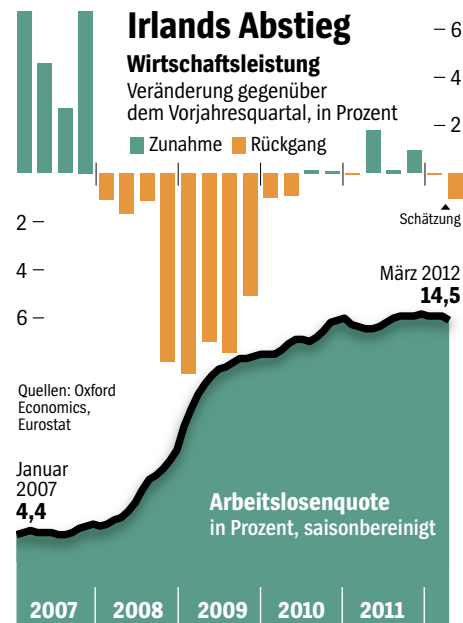
Die europäische Gemeinschaft musste das Land im Jahr 2010 mit 67,5 Milliarden Euro stützen. Irlands lokale Banken hatten sich mit Immobilienkrediten verzockt und waren mit einer umfassenden Staatsgarantie gerettet worden. Bald darauf machten sich die Iren und mit ihnen die

anderen Europäer große Hoffnungen, dass das Schlimmste vorbei sei. Die Iren galten zuletzt als Musterknaben des gesamten Euro-Raums. 2011 wuchs die Wirtschaft, wenn auch nur um 0,7 Prozent. Doch die Zuversicht trog.

Nach heutigem Stand muss Irland ein zweites Mal gerettet werden. Die Banken erweisen sich als Fass ohne Boden. Sie müssen noch einmal rekapitalisiert werden. Die bisherigen Abschreibungen der zehn größten Verbraucherbanken in Höhe von 118 Milliarden Euro reichen immer noch nicht aus.

Die Finanznot des Landes war auch das Hauptthema bei der Volksabstimmung, bei der die Iren am Donnerstag vergangener Woche über den EU-Fiskalpakt entschieden. Eine Mehrheit stimmte widerwillig für den von Bundeskanzlerin Angela Merkel initiierten Sparpakt, der exzessives Schuldenmachen künftig verhindern soll. Letztlich überwog bei den Iren die Angst, dass die Europäer sonst den Geldhahn zudrehen würden.

Europa-Ministerin Lucinda Creighton ging noch am Vorabend des Referendums in ihrem Dubliner Wahlkreis von Tür zu Tür, um die Wähler von einem No abzuhalten. „Wir brauchen 2014 rund 18 Milliarden Euro“, rechnete die Politikerin kämpferisch den vielen Skeptikern vor.



Mit 10 Milliarden Euro müssten beispielsweise die Lehrer bezahlt und die Arbeitslosen unterstützt werden. Die Gegner des Fiskalpakts könnten nicht sagen, woher das Geld kommen soll.

Dieses Argument überzeugte offenbar viele ihrer Landsleute. Denn nur die Unterzeichner des Fiskalpakts können Hilfgelder aus dem europäischen Superfonds ESM erwarten, der ab Sommer mit 700 Milliarden Euro ausgestattet sein soll. Offiziell hält die Regierung an ihrem Plan fest, ihr Defizit möglichst bald wieder über die Kapitalmärkte zu finanzieren. Doch bei ihrer Wahlkampagne schürten die Minister selbst Zweifel. Die Zinsen für langfristige irische Anleihen stiegen – auch wegen der Turbulenzen in Griechenland und Spanien – seit Mitte Mai wieder auf weit über sieben Prozent.

„Die Lage ist weiterhin sehr ernst“, sagt Stefan Gerlach, der Vize-Gouverneur der irischen Zentralbank. Das jährliche Haushaltsdefizit liegt immer noch bei über neun Prozent des Bruttoinlandsprodukts, deutlich höher als in Spanien oder Portugal. „Als extrem offene, exportorientierte Volkswirtschaft hängen wir direkt von den Entwicklungen in den anderen Ländern Europas ab“, sagt der gebürtige Schwede, der bis Herbst 2011 an der Frankfurter Universität lehrte.

Es sind vor allem die Sünden der Vergangenheit, die den Iren keine Ruhe lassen. Fünf der sechs Banken des Landes wurden verstaatlicht und insgesamt mit 64 Milliarden Euro gestützt. Die irische Zentralbank stiftete zusätzlich Nothilfen in Höhe von über 40 Milliarden Euro, und über die Europäische Zentralbank (EZB) sind alle Mitgliedstaaten mit weiteren Milliarden beteiligt. Doch die ganze Wahrheit liegt immer noch nicht auf dem Tisch. Die Banken brauchten weitere drei bis



Finanzzentrum in Dublin, Europa-Ministerin Creighton: „Überproportional belastet“

vier Milliarden Euro frisches Kapital, heißt es vorsichtig bei der Zentralbank.

Das dürfte kaum ausreichen. Es gibt Geisterstädte, in denen kein Mensch wohnen will. Die Zeitungen sind voller Anzeigen von Zwangsvollstreckern, die Immobilien loswerden wollen. Im Unterschied zur Situation vor einem Jahr kommt es heute immerhin zu tatsächlichen Verkäufen, weil die Preise allmählich ein realistisches Niveau erreichen.

Hotelangestellte konnten für 60 000 Euro ihr Hotel auf dem Land erwerben, das vor wenigen Jahren für einen hohen Millionenbetrag gebaut worden war. Broc House, ein dreistöckiger Appartement-Block aus den Siebzigern direkt neben einem Dubliner Golfplatz, wird zurzeit für 1,2 Millionen Euro angeboten. Ein Abschlag von 87 Prozent gegenüber dem Preis aus dem Jahr 2006.

Joe Kiernan, 55, Stoppelschnitt, muskelbepackt, hat bei einer Abrissfirma zwölf wilde Boomjahre miterlebt. Keiner der alten Ziegelbauten in der Innenstadt Dublins war vor seiner Abrissbirne und den kühnen Plänen der Immobilienentwickler sicher, die in den Jahren des Booms darangingen, die einst von James Joyce so meisterhaft verewigte Stadt für die Zukunft fit zu machen. „Manchmal hat es einem schon leidgetan“, sagt er.

Heute steht Kiernan vor dem Arbeitsamt am Redmonds' Hill. Seit zwei Jahren muss der Spezialist für Abriss- und Bodenarbeiten sich hier einmal im Monat melden, um seine 188 Euro wöchentliche Stütze zu bekommen.

Kiernan kann davon den Tabak für seine selbstgedrehten Zigarettens, das Bier und auch die Miete zahlen. „Zum Glück habe ich nicht auf die Banken gehört, die mir unbedingt eine Immobilienfinanzierung aufquatschen wollten“, sagt er. Andere waren nicht so klug.

Bei über zehn Prozent aller Immobilienkredite gibt es Unregelmäßigkeiten. Dass es noch bei deutlich mehr Verträgen zu Zahlungsverzögerungen kommt, will auch Zentralbanker Gerlach nicht ausschließen: „Diese Rückstände sind eines der größten nationalen Probleme.“ Wenn die Kreditnehmer nicht mehr zahlen können, landen die Immobilien über den Umweg der nationalisierten Banken letztlich beim Staat.

Bisher sind die meisten Geldinstitute das Problem mit den Krediten noch nicht ernsthaft angegangen. Die Banker hofften auf ein Wunder. Doch die Immobilienpreise fielen um beinahe 50 Prozent, tiefer als in den USA, Spanien oder den anderen Krisenstaaten. Mittlerweile ist die Zahlungsmoral so im Keller, dass die Banken ihre Kunden in der vergangenen Woche sogar aufforderten, ihren geplanten Trip zur Fußball-Europameisterschaft nicht mit dem Aussetzen der Zinszahlungen für ihre Kredite zu finanzieren.

Nun hat die Zentralbank den Banken eine Frist gesetzt, endlich ihre Politik der gewollten Ahnungslosigkeit aufzugeben. „Die Institute müssen wissen, wo die Kredite nie mehr zurückgezahlt werden können und wo vielleicht Anpassungsmaßnahmen helfen“, sagt Gerlach.

Ein neues privates Insolvenzrecht soll helfen, die Bürger aus der Schuldenfalle zu befreien. Eigentlich vernünftig. Doch die Analysten der Deutschen Bank waren bereits vor den dann notwendigen Milliardenabschreibungen.

Um den Banken und damit letztlich sich selbst das Leben zu erleichtern, versucht die Regierung alle möglichen Tricks. Eigentlich müssten die verstaatlichten Banken, so eine Auflage der EZB, neun Prozent Zinsen für die ihnen gewährten Kredite in Höhe von 31 Milliarden Euro Hilfe zahlen. Vergangenen Monat lieb

sich der Staat selbst das Geld, immerhin 3,1 Milliarden Euro, um die Zinsen zu überweisen.

„Irland wird durch die Zinsen für die Bankhilfe überproportional belastet“, sagt Europaministerin Creighton. Sie rechnet mit Vorschlägen der EZB, dass die Zinsen deutlich reduziert werden.

So ist es nicht verwunderlich, dass die kleine Republik zurzeit mit großer Sympathie den Vorstoß der Spanier begleitet, der ESM solle doch direkt ihre Banken retten. Was die Spanier möglicherweise durchsetzen, so das Kalkül auf der einsamen Insel, könne ihnen ja nicht vorenthalten werden. Schon einmal ist die Rechnung aufgegangen. Als den Griechen niedrige Zinsen für die Hilfen durch Europa und den IWF gewährt wurden, konnte auch Irland einen Rabatt durchsetzen.

Ansonsten bestehen zwischen Griechenland und Irland große Unterschiede. Dank niedriger Unternehmensteuern, gut ausgebildeter Arbeitskräfte sowie einer funktionierenden Verwaltung hat die Insel im Gegensatz zu Griechenland ein intaktes Geschäfts- und Gesellschaftsmodell – Steuervorteile inklusive.

Insbesondere amerikanische Konzerne nutzen Irland gern. Google, Facebook und Twitter haben ihre Europa-Zentralen hier platziert. Apple hat 500 neue Jobs versprochen. Intel will seine neueste Chipgeneration ebenfalls unter anderem in Irland produzieren. Und selbst Healy, der Verwandte des US-Präsidenten, ist zuversichtlich, dass er in Kürze wieder einen Job hat. „Der Wissensindustrie gehört die Zukunft“, sagt er. Mit seinem Diplom habe er ganz gute Chancen. „Das Gras auf unserer Insel wächst wieder“, sagte er bei seinem Besuch in Washington dem besorgten Präsidenten. Die Iren seien gut darin, immer wieder aufzustehen.

CHRISTOPH PAULY